Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags.

Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.

Insertionsgebühren 1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 31. Mittwoch den 7. Februar. 1849.

Wir ersuchen die Herren Landräthe und Wahlcommissarien der Provinz Posen, das Ergebniß der am 5. d. Mts. stattgehabten Abgeordneten-Wahlen geneigtest uns schleunigst mittheilen zu wollen. Die Red.

Inland.

Berlin, den 5. Februar. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Superintendenten und Oberpfarrer Schramm zu Drossen den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Kreis-Chirurgus Güttler zu Hirschberg, dem Gerichtsgeschwornen Kopp zu Schreiberhau, dem Richter Neumann zu Petersdorf, dem Wundarzt 1ster Klasse, Flügel zu Fischbach, so wie dem evangelischen Küster und Schullehrer Pohlenz zu Goßmar, Kreis Luckau, das Allgemeine Ehrenzeichen; desgleichen dem Fischhändler Wilhelm Samuel Höhne zu Landsberg a. d. W. die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

Ihre Königliche Hoheiten der Erbgroßherzog und die Erb-Großherzogin von Mecklenburg-Strelitz sind von Neu-Strelitz hier angekommen. — Se. Durchlaucht der Königlich Hannoversche Generallieutenant Prinz Bernhard zu Solms-Braunfels ist von Hannover hier angekommen.

---

* Posen, den 6. Februar. Die Deutschen haben in dem gestrigen Wahlkampf einen vollständigen Sieg davongetragen; ihre drei Kandidaten, die Herren: Gutsbesitzer v. Winterfeld, Land- und Stadtgerichtsdirektor Seger und Oberbürgermeister Naumann sind gegen die polnischerseits aufgestellte Kandidatur der Herren v. Cieszkowski, Janiszewski und Budzyński sämmtlich mit einer, wenn auch nur geringen Majorität durchgesetzt worden. Beide Parteien waren vortrefflich disciplinirt; nicht Eine Stimme zersplitterte sich, nicht Einer der erschienenen Wahlmänner verließ den Kampfplatz, obwohl die Verhandlungen sich sehr in die Länge zogen und bis fast um Mitternacht währten. Die nur so kleine Majorität auf Deutscher Seite hatte, abgesehen davon, daß mehrere Wahlmänner der Partei ausgeblieben waren, auch noch darin ihren Grund, weil bei Prüfung der Vollmachten eine größere Zahl auf Deutscher als auf Polnischer Seite annullirt werden mußte. Die Zahl der Abstimmenden reducirte sich so von 505 auf 483, die mit dem geringen Ubergewicht von etwa 6—10 Stimmen von Deutscher Seite, sonst auf beide Parteien gleich weit vertheilt waren. Im Uebrigen verlief der Wahlakt ohne äußere Störungen, auf die man sich bei der hochgespannten Erwartung auf den Ausgang gefaßt gehalten hatte. Wie wir hören, waren von der Militairbehörde die nöthigen Vorsichtsmaßregeln getroffen, jedem ernstlichen Konflikte mit Nachdruck zu begegnen. Und gerechtfertigt waren die Besorgnisse vor einer zu starken Erhitzung der Parteien allerdings; denn es galt ja das Resultat der im vorigen Jahre hier durchgefochtenen Kämpfe in aller Kürze nochmals zusammenzufassen, in aller Bündigkeit, durch ein argumentum ad hominem für Stadt und Kreis Posen den Beweis zu führen: Ob Deutsch, ob Polnisch. Der Beweis ist mit Aufbietung aller rechtmäßigen Hilfsmittel geliefert worden; drei Deutsche Deputirte im jetzigen Moment der Entscheidung gewählt, legen für den Deutschen Charakter der Bevölkerung in Posenstadt und Posenland ein gewichtiges Zeugniß in die Schale. Unsere Stadt, unser Kreis ist Deutsch: quod erat demonstrandum.

Berlin, den 3. Feb. Wir erfahren aus zuverlässiger Quelle, daß die Aufhebung des Belagerungszustandes nicht so nahe bevorsteht, als man nach den umgehenden Gerüchten und den Mittheilungen einiger Blätter glauben mochte. Das Ministerium ist nämlich der Ansicht, daß diese Aufhebung ohne den Erlaß vorgängiger, die Mißbräuche des Assoziations- und Preßfreiheits Rechts beschränkender Gesetze unter den gegenwärtigen Umständen unzulässig sei. Andrerseits hat das Ministerium geglaubt, jene wichtigen und tief eingreifenden Gesetze nicht selbstständig erlassen zu dürfen, da die moralische Kraft, welche eine zweckmäßige und gefahrlose Durchführung derselben allein möglich macht, nur durch die Berathung und Beschlußfassung der Kammern gewährt werde. Aus einem ähnlichen Grunde hat das Ministerium die Einführung der neuen Gemeinde-Ordnung nicht auf eigene Verantwortlichkeit übernehmen wollen. Uebrigens sind die erwähnten Gesetzentwürfe wegen des Assoziationsrechtes ꝛc., so weit ausgearbeitet, daß dieselben den Kammern sofort vorgelegt werden können. Es wird also zunächst von diesen abhängen, wie bald der Belagerungszustand, welchen man übrigens mit möglichster Rücksicht und Milde ausführt, aufgehoben wird.

— Einem hiesigen Portrait-Maler ist es vor Kurzem gelungen, durch Vereinigung von trockenen, eigends zubereiteten Farben mit den gewöhnlichen Aquarell-Farben eine neue Art von Malerei darzustellen, welche sich vorzugsweise für Portraits eignet. Dergleichen Portraits vereinigen mit der Klarheit und Schärfe der Aquarellbilder die Zartheit der früher so häufigen Pastell-Gemälde, ohne den großen Fehler der letzteren — die große Weichheit und Unbestimmtheit in den Konturen — zu besitzen. Die Bereitung der Farben, so wie deren Behandlung, ist bis jetzt noch ein Geheimniß des Erfinders.

— (Nat.-Ztg.) Ein Mann von dereinst bedeutendem Ansehen in der politischen Welt, der ehemalige Nordamerikanische Konsul für das Königreich Baiern und die Preußischen Rheinprovinzen, Louis Mark, stand vorgestern bei der zweiten Abtheilung des Kriminalgerichts unter der Anklage des Betruges durch Wechselfälschung vor den Schranken. Derselbe, gegenwärtig in einem Alter von 60 Jahren, ist aus New-York gebürtig, hat zweiundzwanzig Jahre lang das Amt eines Konsuls zur höchsten Zufriedenheit seiner Regierung geführt und im Laufe derselben die bedeutendsten Handelstraktate zwischen Nordamerika und den Deutschen Staaten abgeschlossen. Geschäfte halber hielt er sich im vergangenen Jahre hier auf. Die allgemeine Geldkalamität übte auch auf ihn ihren Einfluß und diese Finanzverlegenheit verleitete ihn, Wechsel auf Münchener und Frankfurt a. M. Häuser über unbeträchtliche Summen auszustellen, wobei er die Namen der Aussteller fingirte, und sie bei Bestellungen von Waaren dergestalt in Zahlung gab, daß er nach Abzug des Preises für die bestellten Waaren von den Kaufleuten stets noch baares Geld herausbekam. Die Unechtheit der Wechsel ward entdeckt und der Angeklagte am 1. August v. J. zur Haft gebracht. Der Angeklagte, ein würdevoller Greis, spricht die Deutsche Sprache ziemlich geläufig. In seinen Manieren erkennt man den gewandten Diplomaten, der stets an den ersten Höfen glänzende Rollen gespielt hat. Er ist anscheinend sehr niedergebeugt, sich als Angeklagter vor Gericht zu sehen. Er gesteht die Anfertigung der Wechsel zu, stellt aber die ihm untergeschobene betrügliche Absicht in Abrede, und will sich damit nur aus einer augenblicklichen Geldverlegenheit geholfen haben. Der Defensor, Justiz-Kommissarius Lewald, weist durch Dokumente, die er dem Gerichtshofe überreicht, nicht blos nach, daß sein Klient sich bisher stets vorwurfsfrei geführt und das Vertrauen der höchsten Staatsbeamten genossen habe, sondern daß er auch noch jetzt ein nicht unbedeutendes Vermögen, aus Ländereien in Amerika bestehend, besitze. Es stellt sich ferner durch die Vernehmung eines Sachverständigen heraus, daß zwischen Frankfurt a. M. und München der kaufmännische Gebrauch bestehe, daß der Acceptant der Wechsel sich erst 14 Tage vor der Verfallzeit hierüber zu erklären brauche. Die Vertheidigung will nämlich hierdurch beweisen, daß der Angeklagte nur durch seine Verhaftung in Auslösung der Wechsel vor der Verfallzeit abgehalten sei. Trotz dessen bemüht sich die Staatsanwaltschaft, nicht nur eine Fälschung, sondern auch die dadurch verübten Betrügereien nachzuweisen. Sie beantragt deshalb auch gegen den Angeklagten eine zweijährige Zuchthausstrafe. Die Vertheidigung des Herrn Lewald feiert hingegen einen glänzenden Sieg, da der Gerichtshof die Entbindung des Angeklagten von der Anklage ausspricht.

Berlin, den 5. Februar. Als Abgeordnete für die zweite Kammer sind heute in Berlin gewählt worden: Waldeck (zwei Mal), Temme, Jakoby (zwei Mal), Berends, Heinr. Simon, Rodbertus, Phillips. — In Potsdam wurden gewählt, der Justizrath Krahn aus Kremmen, der Oberpräsident von Patow; die Gegenkandidaten waren der Professor Gneist und der Regierungs-Assessor von Benda von hier.

Hannover, den 1. Febr. (Hann. Ztg.) Die allgemeine Stände-Versammlung des Königreichs ist am heutigen Tage von dem Grafen von Bennigsen, Vorsitzenden des Königlichen Gesammt-Ministeriums und Vorstand des Königlichen Ministerial-Departements der auswärtigen Angelegenheiten, mit einer Rede eröffnet worden, aus der wir die auf das Deutsche Reich bezüglichen Stellen herausheben:

„Seine Majestät betrachten es als heilige Pflicht, für die Sicherheit und Wohlfahrt Deutschlands keine Opfer zu scheuen; wenn nur die Verfassung so geordnet wird, daß das Land seine Lasten tragen kann und der freien inneren Entwickelung keine verderblichen Fesseln angelegt werden. In diesem Streben hoffen Se. Majestät auf den Beistand der gegenwärtigen Versammlung zählen zu können.

Um so mehr gereicht es Allerhöchstderselben zur Befriedigung, daß eben jetzt durch eine der ersten Regierungen Deutschlands Schritte geschehen sind, um die drohende Gefahr eines Zwiespalts abzuwenden und diejenige Einigung von Fürsten und Volk herbeizuführen, ohne welche dauernde Eintracht und Sicherheit in Deutschland unmöglich ist. Se. Majestät haben diesen Schritten mit Freuden ihre Beistimmung gegeben, und werden die Erreichung des Ziels wahrer Einigung mit aller Kraft und Aufopferung, welche die Pflicht gestattet, fördern.

In der Hoffnung, daß es gelingen werde, auf diesem Wege die Verfassung Deutschlands neu zu befestigen, wird es die Aufgabe der Stände sein, die Zusicherungen des Verfassungs-Gesetzes vom 5. Sept. v. J. vollständig ins Leben zu rufen. Eine Reihe von Anträgen über die Verfassung der Gerichte und der Verwaltungs-Behörden, der Städte und Land-Gemeinden, der Kirche und Schule, so wie einzelner Gesetze über Gegenstände von besonderer Wichtigkeit werden ihre volle Thätigkeit in Anspruch nehmen.

Frankfurt, den 31. Jan. Die Preußische Note bildet noch fortwährend den vorherrschenden Gegenstand der Besprechung und Unterhaltung. Jede Partei bemüht sich, dieselbe zu ihren Gunsten zu deuten. Welchen Einfluß sie auf die fernere Berathung des Verfassungswerkes ausüben wird, läßt sich vorläufig noch nicht beurtheilen; wie verlautet, haben mehrere Bevollmächtigte sich dahin vernehmen lassen, daß eine Rückäußerung ihrer Regierungen in sehr kurzer Frist nicht zu erwarten stehe, mithin dürfte es noch geraume Zeit währen, bevor über die Art und Weise, wie die Verständigung erfolgen soll, über ein zu dem Ende zu schaffendes gemeinschaftliches Organ, worüber gleichfalls die Verhandlungen schweben, eine Uebereinstimmung herbeigeführt wird In letzterer Hinsicht soll, wie man uns aus glaubhafter Quelle mittheilt, der Oesterreichische Bevollmächtigte einen Vorschlag gemacht haben, welcher auf der bisherigen Militairorganisation des Bundesvertrages fußt, derartig, daß sich die über das Verfassungswerk abzugebenden Stimmen der Einzelstaaten nach der Zahl der Armeecorps bestimmen, welche dieselben, sei es in Gemeinschaft mit andern, oder für sich allein zu stellen gehabt. Schwerlich aber dürfte ein solcher Plan weder von Seiten der, solchergestalt zu einer Stimme vereinigten Einzelstaaten, unter denen alsdann wieder eine besondere Verständigung über ihr Stimmenverhältniß stattfinden müßte, noch von Seiten der Reichsversammlung, welche gerade bei den auf diese Weise beeinträchtigten kleineren Staaten auf die unbedingteste Zustimmung zu der Verfassung zu rechnen hat, Billigung finden. Derartige, in Folge der Preußischen Note herbeigeführte „Verständigungsvorschläge“ haben hin und wieder die Befürchtung laut werden lassen, daß die fernere Berathung der Verfassung ihretwegen eine zweckwidrige Verzögerung erleiden möge. Wir können versichern, daß diese Befürchtungen ungegründet sind, und das Verfassungswerk in gewohnter Weise seinen Fortgang nehmen wird. Die Reichsversammlung beabsichtigt, sobald der Verfassungsausschuß, wozu derselbe allerdings noch einiger Zeit bedarf, die zweite Lesung vorbereitet haben wird, sofort damit zu beginnen; bis dahin wird sie an dem bereits fertigen Entwurfe über das Wahlgesetz und dem Berichte des völkerrechtlichen Ausschusses über die Posener Demarkationslinie hinreichenden Stoff zur Berathung haben.

Frankfurt a. M., den 1. Februar. 162ste Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung. Vorsitzender: Präsident Simson.

Herr Pfeiffer aus Adamsdorf stellt den Antrag, die Centralgewalt zu ersuchen, daß sie bei der Königl. Preußischen Regierung die Aufhebung der Ausnahmezustände in Berlin und der Umgegend, so weit durch dieselbe die Grundrechte beschränkt werden, bewirke. Allein nur eine Minderheit des Hauses erkennt dem Antrage die Dringlichkeit zu, wonach derselbe, anstatt zur unmittelbaren Berathung zu gelangen, an den betreffenden Ausschuß zur Berichterstattung übergeht.

Artikel III. §. 6. des Abschnittes des Entwurfs: „Gewähr der Reichsverfassung“, worüber hierauf die Verhandlung eröffnet wird, lautet nach dem Vorschlage der Mehrheit:

„Abänderungen in der Reichs-Verfassung können nur durch einen Beschluß beider Häuser und mit Zustimmung des Reichs-Oberhauptes erfolgen.

Zu einem solchen Beschlusse bedarf es in jedem der beiden Häuser:

1) der Anwesenheit von wenigstens zwei Dritteln der Mitglieder;
2) zweier Abstimmungen, zwischen welchen ein Zeitraum von wenigstens acht Tagen liegen muß;
3) einer Stimmenmehrheit von wenigstens zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder bei jeder der beiden Abstimmungen.“

Der wesentliche Punkt, um den sich die folgende Besprechung bewegt, ist das bedingte oder unbedingte Veto des Reichsoberhaupts bei Verfassungsveränderungen. Die Gründe für und wider sind im Allgemeinen dieselben, welche bereits bei der Berathung über den hierher einschlagenden Paragraphen der Reichsgewalt entwickelt wurden. Der Antrag v. Vincke's geht dahin, daß zwei Abstimmungen in zwei verschiedenen Sitzungsperioden festgestellt werden. In der Entziehung des unbedingten Zustimmungsrechts des Reichs-Oberhauptes erkennt der Redner eine Schwächung der Monarchie, die zum Staatsumsturze führe.

Zuerst wird abgestimmt durch Namensaufruf über den ersten Satz der Paragraphen: „Abänderungen in der Reichs-Verfassung können nur durch einen Beschluß beider Häuser und mit Zustimmung des Reichs-Oberhauptes erfolgen.“ Wird mit 259 gegen 196 Stimmen angenommen. Die übrigen Sätze des Paragraphen werden — unter Ablehnung des Vinckeschen Antrags auf Verlängerung der zwischen der Doppelbeschlußfassung liegenden Frist um den Raum von einer Sitzungsperiode zur anderen — ebenfalls ganz in der oben mitgetheilten Gestalt des Vorschlags der Ausschußmehrheit im gewöhnlichen Abstimmungsverfahren angenommen.

Zu dem folgenden über Aufhebung einzelner Bestimmungen der Grundrechte im Falle des Krieges und Aufruhrs handelnden §. 7. sind mehrere Verbesserungs-Anträge eingebracht, worunter einer des Herrn v. Schmerling und Genossen auf Einräumung

wesentlich erweiterter Befugnisse an die Regierungsgewalten geht, während auf der andern Seite Wigard und Genossen die Erklärung des Belagerungszustandes überhaupt nicht gestattet wissen wollen. Die Besprechung eröffnet Tellkampf, der das erste Minderheitserachten empfiehlt, nach welchem, so wie Ausnahmsmaßregeln der bezeichneten Art verhängt sind, „ohne Verzug" die Zustimmung des Reichstags oder des gesetzgebenden Körpers des Einzelstaats einzuholen ist.

Heinrich Simon, Mitunterzeichner des Minderheitserachtens Nr. 1., findet einen Hauptmangel unserer Deutschen Gegenwart in dem Mangel an Achtung vor dem Gesetze — sowohl von oben her, als von unten. Auch §. 7. des vorliegenden Abschnittes sei ein Erzeugniß dieser Mißachtung. Der Redner will schließlich sofortige Berufung der Volksvertreter, so daß diese spätestens am 21. Tage nach Verkündigung der Ausnahmemaßregeln versammelt seien. — v. Schmerling umgekehrt besteht auf einer angemessenen Macht zum Gegengewichte für das bedeutende Geschenk der Freiheit, welche die Grundrechte gewähren. Auch wegen des Kostenpunktes erklärt er sich gegen die Einberufung der Kammern im bezeichneten Falle; der kleinste Aufstandsversuch würde sonst dem großen Deutschen Reiche die Kosten einer halben Million aufbürden. Vogt von Gießen eifert gegen alle Ausnahmemaßregeln, bezieht sich dabei auf das Schweizerische, Nordamerikanische, ja selbst das Französische Verfahren, welches letztere den Belagerungszustand nur in Festungen gestatte; so sei in Paris die Aufhebung der sonst gültigen Gesetze nur deshalb möglich, weil es Festung sei. (Gelächter.) — Man solle überdies den Regierungen nicht trauen, denn sie würden alle ihre Mittel nur gebrauchen, um ihre Macht zu vergrößern und die Freiheit zu unterdrücken.

v. Vincke: Wäre die Achtung vor dem Gesetze in Deutschland wirklich so gering, als es das Mitglied für Magdeburg geschildert, so müßte eine desto größere Aufforderung für uns darin liegen, die Macht zu stärken, welche diesem Gesetze Ansehen verschaffen soll. Will man keine Ausnahme zugestehen, so wird damit auch das Recht der Nothwehr geleugnet. Ums Himmelswillen solle man sich aber hüten vor Beispielen aus der Republik und aus der Französischen Republik. Sei Paris eine Festung, was sei dann Rouen, wo ebenfalls der Belagerungszustand verkündet worden? Man entlehne auch Beweise aus der alten Welt, man citire Rom. Wolle man sich aber der Geschichte zum Zeugnisse bedienen, so müsse man sie kennen. (Unruhe auf der Linken.) „Das wenigstens ist's, was Sie von den vielfach angegriffenen Professoren dieser Versammlung erlernen könnten — Geschichte." (Beifall.)

Die Versammlung beliebt hierauf den Schluß der Debatte, doch ist die Abstimmung, unter Vorbehalt des Wortes für den Berichterstatter, auf Sonnabend (wegen des morgenden Marientags) ausgesetzt. Außerdem werden in der Sitzung des 3. Februars die Präsidentenwahlen erneuert.

— Heute war eine Deputation aus dem 3. Wahlbezirk des Großherzogthums Hessen hier und überreichte ihrem Abgeordneten, dem jetzigen Reichsministerpräsidenten, Herrn Heinrich v. Gagern eine von 147 Wahlmännern unterzeichnete Dank- und Vertrauensadresse. Eine Abschrift dieser Adresse wurde dem Präsidenten der Nationalversammlung von derselben Deputation übergeben.

— Aus Werdau in Sachsen ist eine Adresse an die Deutsche Reichsversammlung eingegangen, eine Beitrittserklärung zu der vom Deutschen Verein in Leipzig hierher gesandten Petition um Uebertragung der Würde des Deutschen Oberhaupts an Preußen enthaltend.

Nürnberg, den 30 Jan. (O.-P.-A.-Z.) Die protestantische Generalsynode für Bayern hat seit gestern ihre Sitzungen in Ansbach begonnen, und schon macht sich neben dem politischen auch das religiöse Bestreben nach entschiedenen Verbesserungen bei uns bemerklich. Wir hatten hier schon vor den Märzereignissen des vergangenen Jahres eine Demonstration gegen die ausschließlich altlutherischen Tendenzen unserer obersten Kirchenbehörden, welche von den Herren Platner, Chef eines der ersten hiesigen Handlungshäuser, und Dr. Ghillany, Stadtbibliothekar, eingeleitet wurde. Beide Männer haben nun wiederum eine Adresse an die Generalsynode in Umlauf gesetzt, welche außerordentliche Theilnahme findet. Als Grundwahrheiten des Christenthums, die das Concil bei der Herstellung einer neuen allgemeinen Deutschen protestantischen Kirchenagende, eines neuen allgemeinen Katechismus und Gesangbuches allein zur Richtschnur nehmen soll, werden aufgestellt: 1) der Glaube an einen vollkommenen geistigen Gott, 2) die Liebe zu Gott und dem Nächsten als höchstes Gebot, 3) die Verpflichtung, nach möglichster Vollkommenheit zu streben, und Gott bloß im Geiste und in der Wahrheit anzubeten, und 4) die Hoffnung auf ein ewiges Leben. Beseitigt soll werden, die Vergötterung Jesu, die Lehre von der Existenz und Wirksamkeit des Satans, von der Erbsünde und der Auferstehung des Fleisches. Die Jugend soll ferner die Bibel nur in einem zweckmäßigen Auszuge erhalten." Die Adresse selbst spricht aus, sie habe nur eine sehr geringe Hoffnung, daß die Synode dem Antrag Folge geben werde; man wolle durch denselben auch nur der Form genügen. Gehe die Synode nicht darauf ein, so werde man selbstständig mit Norddeutschland wegen der Versammlung eines allgemeinen protestantischen Nationalconcils in's Benehmen treten.

Mainz, den 31. Januar. In der letzten Nacht um 12 Uhr haben die Geschwornen den Georg Schweitzer von Niedersaulheim des Raubmords für schuldig erklärt, weshalb der Assisenhof den Angeklagten zum Tode verurtheilte. Es ist dies wahrscheinlich das letzte Todesurtheil, das unsere Gerichte auszusprechen haben, da mit Einführung der Grundrechte diese Strafe aus unserem Gesetzbuche verschwindet.

Gotha, den 31. Januar. Im Verfolg der in Bezug auf die Grundrechte von unserer Abgeordnetenversammlung angenommenen Principien, die der Partikulargesetzgebung erweiternde Zusätze gestatten, hat dieselbe in ihren letzten Sitzungen in die Verfassungsurkunde ein besonderes Capitel mit der von dem Regierungscommissar Kopp vorgeschlagenen Ueberschrift angenommen: „Die reichsgesetzlichen Grundrechte bilden einen Bestandtheil der Verfassung des Herzogsthums Gotha, es wird aber in dieser Beziehung noch Folgendes festgesetzt und bestimmt." Sodann hat man die Volksrechte noch um zwölf Paragraphen erweitert und erläutert, deren hauptsächlichste Bestimmungen dahin lauten: a) „Es besteht für alle Staatsangehörige des Herzogthums Gotha die Verpflichtung zur gleichmäßigen Mitübertragung der Staatslasten. Bleibende Befreiungen (Exemtionen) von dieser Verbindlichkeit dürfen nicht bewilligt werden. b) „Niemandem kann künftig das Recht verliehen werden, seinem Namen eine Adelsbezeichnung beizusetzen." Der Abgeordnete v. Küttner, der seinen Adel und seinen Titel (Commissionsrath) feierlich niederlegte, beantragte den Zusatz, daß die drei Buchstaben, welche den Adel formuliren, künftighin nicht zur Strafe entzogen werden dürften, und der Abgeordnete Schwerdt vertheidigte den Verdienstadel, insofern er nicht vererbt werden könne. c) „Kein Staatsangehöriger darf forthin einen Orden annehmen; Denen, die solche bereits besitzen, soll das Tragen derselben nicht verwehrt sein." Der Abg. Henneberg hatte anfangs die Bestimmung vorgeschlagen: „Orden können an Staatsangehörige nur unter Gegenzeichnung eines verantwortlichen Ministers verliehen werden," wozu der Abg. Schwerdt den Zusatz beantragte: „Jedoch lediglich zur Anerkennung ausgezeichneter Verdienste." In der sich entspinnenden Debatte darüber sprach sich der herzogliche Commissar Kopp, jedenfalls in Uebereinstimmung mit unserm freisinnigen Herzoge, dahin aus, daß am radikalsten geholfen werde, wenn man der ganzen Ordensspielerei ein Ende mache. Diesen Vorschlag erhob der Abg. Ritz alsbald zu seinem Antrage, der mit dem oben beigefügten Nachsatze (des Abg. Mälzer) mit großer Stimmenmehrheit angenommen wurde. d) „Für den Vermögensnachtheil, welchen ein Staatsbürger durch bösliche Absicht oder grobe Fahrlässigkeit eines Staatsbeamten als solcher erlitten hat, haftet der Staat, vorbehaltlich seiner Rückentschädigungsansprüche an den schuldigen Beamten." e) „Moratorien, Monopolien und Privilegien dürfen nicht mehr verliehen werden." f) „Jeder Staatsangehörige hat das Recht, entweder allein oder in Verbindung mit Mehren sich mit Bittschriften oder Beschwerden an die Staatsbehörden und an die Abgeordnetenversammlung zu wenden", wobei der vorgeschlagene Zusatz: „und Bescheid darauf zu erwarten," abgelehnt wurde. g) „Das Vermögen milder Stiftungen darf unter keinerlei Vorwand dem Staatsvermögen einverleibt oder für andere als die stiftungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Wo diese jedoch nicht mehr zu erreichen sind, kann Verwendung zu andern ähnlichen Zwecken mit Zustimmung der etwa dabei Betheiligten und, sofern es sich um allgemeine Landesanstalten handelt, mit Einwilligung der Abgeordnetenversammlung eintreten." Der in Frankfurt ausgesprochene Grundsatz über das Jagdrecht wurde ohne die Beschränkung aufgenommen, welche die zweite Lesung der Grundrechte zu Tage gefördert hat, indem unser neues, schon vor Monaten erschienenes Jagdgesetz, das bei dem überhandnehmenden Jagdunfug nicht länger zurückgehalten werden konnte, lediglich auf die Grundsätze der ersten Lesung basirt ist. (D. A. Z.)

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 2. Februar. National-Versammlung Sitzung vom 1. Februar. Anfang $1\frac{1}{4}$ Uhr. Präsident Marrast. Das Protokoll wird verlesen. Fould, Banquier, überreicht eine von 100 Gemeinden (Oh! oh!) unterschriebene Bittschrift des Isére-Departements für Auflösung der Versammlung. Mehrere Mitglieder der Linken überreichen eine Menge Bittschriften im entgegengesetzten Sinne. An der Tagesordnung ist die neulich abgebrochene zweite Berathung über die neuen Steuervorschläge rücksichtlich der Einregistrirung beim Antritt von Erbschaften und Schenkungen. Marrast verliest, die Debatte unterbrechend, die Namen der Mitglieder der Kommission für eine parlamentarische Untersuchung der Ereignisse vom 29. Januar. Es sind die Repräsentanten Charamaulle, Dupont (Bussac), Berville, Corbon, Alem Rousseau, Morel, Conty, Lherbette, Anthony Thouret, Pin, Guinard, Boirhaye, Porion, Oudinot. Hiervon gehören 7 der Linken und 7 der Rechten an. Bei den Enthüllungen, die heute die gouvernementale Gazette des Tribuneaux macht, ist man auf das Ergebniß der Gegenuntersuchung außerordentlich gespannt. Die Debatte der Steuer wird dann wieder aufgenommen, doch die Lösung der Frage vertagt. Auf Veranlassung Lagrange's, Lamoriciére's und Schölcher's beräth jetzt die Versammlung über die Frage, ob sie das Schicksal der Juni-Insurgenten diskutiren wolle. Lagrange beschwört die Versammlung, die Amnestie vor allen Dingen zur Berathung zu bringen. Lamoriciére gesteht zu, daß er selbst einmal die Amnestiefrage als dringlich befürwortet habe. Seither habe man eine nochmalige Revision aller Akten vorgenommen und die Nothwendigkeit der Deportation eingesehen. Die Versammlung entscheidet, daß sie darüber diskutiren wolle, ob die Anträge verschiedener Deputirten in Bezug auf die Juni-Deportirten in Betracht zu ziehen seien. Schölcher beschwört zuerst die Versammlung, die letzten Worte des sterbenden Erzbischofs zu erfüllen, die darin bestanden, Gnade für denjenigen zu erflehen, dessen Kugel ihn durchbohrte. „O möchte mein Blut das letzte sein, das vergossen!" Lejeard, im Namen des Justizausschusses, warnt vor vorzeitiger Gnade. Noch gährten die kommunistischen Lehren. Pelletier appellirt von neuem an die Indulgenz der Versammlung. (Schluß! Schluß!) Marrast: Der erste Antrag lautet auf volle Amnestie und geht von 30 Deputirten (vom Berge) aus. Ich bringe die Frage zur Abstimmung: Ob er in Betracht zu ziehen? Wird mit 531 gegen 167 verworfen. Buvignier (vom Berge) stellt den Antrag, alle Juniakten zu revidiren. Der Ausschuß hält dies für unzeitig und schlägt vor, nicht darauf einzugehen. Die Versammlung tritt dieser Ansicht bei. Joly (vom Berge) beantragt Uebersiedelung einer Kategorie der Junigefangenen nach Algerien und Erneuerung der Untersuchung auf dem gewöhnlichen Wege des gerichtlichen kontradiktorischen Verfahrens für die zweite Kategorie. Die Versammlung weist diese Anträge dem Ausschusse zu, der sich eben mit Prüfung eines ähnlichen Vorschlags Lamoriciére's beschäftigt. Die Sitzung wird um $6\frac{1}{2}$ Uhr geschlossen.

— Der heutige Moniteur meldet: „Im Ministerium des Innern lief gestern Abend folgende telegraphische Depesche ein: „Dijon, den 31. Januar. Das Komplott, das in Paris ausbrechen sollte, war auch mit den geheimen Gesellschaften des hiesigen Departements (Côte d'Or) verabredet. Sie hielten in der Nacht vom 29. zum 30. Januar eine permanente Sitzung. Eine Abtheilung von Dragonern, angeführt von zwei Chefs der Sozialisten, welche ebenfalls sich als Dragoner verkleidet hatten, versuchten die Ruhe zu stören. Einem Polizeidiener wurde ein Arm zerschlagen. Die beiden Chefs sowohl, als die Dragoner, sollen arretirt werden." Die Opinion publique fügt hinzu: „Auch aus Straßburg und anderen Departements sind Depeschen eingetroffen, welche beweisen, daß sich das Komplott über ganz Frankreich erstreckte. Wir sind dem Ministerium den heißesten Dank für seine außerordentlichen Maßregeln schuldig." Die Gazette de France meldet: „Unter den Papieren Alton Shee's befand sich die Liste einer neuen provisorischen Regierung und mehrere Gesetz-Entwürfe. Einer derselben befiehlt nicht blos Eine Milliarde, wie Barbés am 15. Mai vorschlug, sondern drei Milliarden Steuern von den Reichen sofort einzuziehen. Die persönliche Freiheit, die Preßfreiheit u. s. w. sollten auf 6 Monate bis zur Begründung der rothen Republik suspendirt werden. Man sieht, daß General Changarnier weise handelte, als er am Montage zu den außerordentlichen Maßregeln griff." Die halboffizielle Gazette des Tribunaux bringt folgendes Nähere über die gemachten Entdeckungen: „Die Zahl der bei Gelegenheit der Ereignisse vom 29. Januar verhafteten Personen beläuft sich bereits über 200, und in Folge der angestellten Haussuchungen sind Papiere von hoher Wichtigkeit in die Hände der Gerechtigkeit gefallen. Die geheimen Gesellschaften, welche die Februar-Revolution überlebten, hatten sich nach dem Gesetz vom 28. Juli gegen die Klubs und Associationen wieder neu organisirt und rekrutirt; sie nahmen den Titel von Wahlausschüssen an, die sie sowohl in Paris als auch in allen Departements errichteten. Prinzipielle Streitigkeiten von ernster Natur bei Gelegenheit der Präsidentenwahl vom 10. Dec. hatte ernsten Zwiespalt (zwischen der Bergpartei und den Proudhonisten und Kommunisten) gesäet, aber schon gegen das Ende des Decembers söhnten sich die Chefs jener Wahlausschüsse aus, und sie suchten nun durch Gründung sozialistischer Propaganda-Büreaus zur Verbreitung von Adressen und Schriften den revolutionairen Geist nach allen Himmelsgegenden zu verbreiten. Die Schließung mehrerer Klubs hatte die Chefs der Ausschüsse bedeutend erbittert und ihnen den Plan eingeflößt, einen Central-Klubsaal auf eigene Kosten (Saal der Brüderlichkeit in der Rue Martel) zu errichten und auf diese Weise das Proletariat aller Gewerbe, woran sich namentlich einige Leiter der berüchtigten National-Werkstätten schlossen, furchtbar zu organisiren. Besondere Trommelschläger wurden herangebildet, um beim Ausbruch des Kampfes alle Anhänger schnell zusammenzurufen; eine große Anzahl rother Fahnen mit dem Freimaurer-Triangel der Gleichheit sollen sich in den Händen der Justiz befinden. Ihr Plan zum Angriff war nicht mehr, wie im Monat Juni, auf gewisse Hauptpunkte der Stadt konzentrirt, sondern gegen die reichsten Stadtviertel (erstes, zweites, drittes und zehntes Arrondissement) auf einmal gerichtet. Es scheint, daß die Verschworenen über den Tag des Ausbruchs der Schlacht noch nicht ganz entschlossen waren; indessen mag ihnen die Gährung unter der Mobilgarde als ein günstiger Augenblick zum Losbruch erschienen sein; wenigstens stellt die Untersuchung heraus, daß sich mehrere Mobilgardisten mit den Häuptern jener geheimen Gesellschaften in Verbindung setzten (Zusammenkunft im Redactionssaale der Reforme), und es ist Jedermann bekannt, daß starke Abtheilungen der Mobilgarde, von Blousenmännern begleitet, am Montag nach der Richtung des Elysée-National, der Madeleinekirche, des Place Laffayette u. s. w. zogen, die offenbar als Haupt-Angriffspunkte oder Sammelplätze bezeichnet waren. Aber die Nationalgarde und Linie, in Verbindung mit der getreuen Mehrheit der Mobilgarde, hatten diese Punkte bereits besetzt und der Plan wurde vereitelt. Uebrigens sahen sich auch die Verschwörer durch die eigentlichen Arbeiter keineswegs unterstützt, denn es ist amtlich erwiesen, daß die großen Fabriken und Werkstätten nicht nur Montag (29sten) nicht feierten, sondern fast keinen einzigen Arbeiter auf seinem Platze vermißten. Fabrikherren, welche 6—700 Arbeiter beschäftigen, haben erklärt, daß ihnen am 29sten auch nicht ein einziger Arbeiter fehlte. Das sind die Thatsachen, welche den Maßregeln vom Montage zum Grunde lagen, denen wir die Ruhe von Paris verdanken. Die schwebende Untersuchung wird sie noch näher aufklären. Unter den aufgegriffenen Papieren befindet sich, sagt man, auch eines, welches uns angiebt, wie der Sieg der Insurrektion organisirt werden sollte. Es ist ein „Programm der Revolution": 1) Errichtung eines Wohlfahrts-Ausschusses. 2) Namen desselben. 3) Auflösung der National-Versammlung. 4) Umstoßung der Verfassung. 5) Einsperrung der Familie Bonaparte. 6) Aufhebung der Preßfreiheit während zweier Jahre. 7) Aufhebung der persönlichen Freiheit während dreier Monate, behufs Reinigung der Partei. 8) Prozeß gegen alle Offiziere und Beamte, welche über Juni-Insurgenten richteten oder sie transportiren ließen. 9) Papier-

gelb zur Tilgung der Staatsschuld. 10) Verurtheilung aller Minister seit 1830. 11) Garantie des Rechts auf Arbeit. 12) Auflösung der Nationalgarde. 13) Rothe Fahne mit dem Gleichheitstriangel als Nationalfahne. 14) Progressivsteuern, Güterconfiskation gegen alle ehemalige Emigranten und alle die, welche vor das Revolutionstribunal zu stellen." Heute wurden abermals, wie berichtet wird, mehrere in politischer Beziehung sehr bedeutende Personen, als in diese Verschwörung verwickelt, zur Haft gebracht. Von den Mobilgardisten werden 3—4000 entlassen. Vorgestern trafen in Paris 5 Regimenter aus den Departements ein; zwei wurden ins Pantheon, mehrere Bataillone ins Palais National gelegt. Paris ist seit vorgestern wieder vollkommen ruhig, und man glaubt auch nicht, daß Grund vorhanden, für die nächste Zukunft Ruhestörungen zu besorgen. Aus Rouen und anderen Städten erfährt man, daß dort ein Theil der Truppen auf Befehl bereit stand, sofort nach Paris abzugehen, wenn die hiesige Sachlage dies nöthig gemacht hätte. Mehrere Compagnieen der 6. Legion, deren Oberst der verhaftete Forestier ist, sollen aufgelöst werden. Zu Montpellier veranlaßte kürzlich das Verbot einer Versammlung der Montagnards Ruhestörungen; die bewaffnete Macht schritt ein, und 18 Personen wurden verhaftet. Die Mai-Gefangenen sind noch zu Vincennes, weil in Bourges die Einrichtung der zu ihrer Aufnahme bestimmten Lokale noch nicht vollendet ist. Der Präsident der Republik hat vorgestern mehrere von den Kriegsgerichten zum Tode verurtheilte Militairs begnadigt und ihre Strafe umgewandelt.

Paris, den 3. Febr. National-Versammlung. Sitzung vom 2. Februar. Anfang $1\frac{1}{4}$ Uhr. Präsident: Marrast. Alem Rousseau nähert sich der Tibüne mit einer Petition aus seinem Departement. „Sie fordert die National-Versammlung auf," sagt er, „sich sofort aufzulösen." Ich überlasse es der Versammlung, eine so pöbelhaft abgefaßte Adresse zu würdigen, indem mich leider meine Pflicht zur Uebergabe zwingt." Baune überreicht eine Petition, worin 200 Bürger von Troyes auf Anklage gegen das Ministerium dringen. (Murren rechts.) Ledru Rollin überreicht eine Petition aus Marseille, worin ebenfalls auf Anklage gegen das Ministerium gedrungen wird. (Lärm rechts.) Denjoy und eine lange Reihe anderer Deputirter überreichen ebenfalls Petitionen für und gegen die Auflösung. (Bewegung.) Die Versammlung schreitet zur Tagesordnung. In erster Linie steht ein Kredit für Bezahlung der Grundbesitzer-Entschädigung für Vollendung der Eisenbahn von Avignon nach Marseille. Der zweite Gegenstand an der Tagesordnung betrifft einen Kredit von 584,900 Frcs. für allerlei geheime Ausgaben des Ministeriums des Innern, für die das ordentliche Budget nicht hinreichte. Der dritte Gegenstand der Tagesordnung betraf die zweite Berathung über die Reorganisation des Gerichtswesens. Waldeck Rousseau beantragt Reorganisation des Cassationshofs. Boudet, Berichterstatter, erklärt, den Rousseauschen Antrag gar nicht zu kennen, und verlangt daher vorherige Prüfung durch den Ausschuß. Wird unterstützt. Diese Ueberweisung wird entschieden. Der vierte Gegenstand betrifft einen Nach-Kredit von 2,700,000 Franken für die National-Werkstätten, zweite Lesung. Ein fünfter Gegenstand handelt von dem definitiven Sitzungslokale der National-Versammlung. Soll ebenfalls zum zweitenmale verlesen werden. Perinon verlangt Vertagung auf morgen. Wird genehmigt. Auch die zweite Berathung über Rateau's Antrag ist von Sonnabend auf Montag, den 5. Februar, vertagt. Die Sitzung wird schon um $5\frac{1}{2}$ Uhr geschlossen.

— Die Pariser Arbeiter machen sich bereits über die Januarposse lustig. Sie singen Spottlieder. — Ein General sagte zu seinen Soldaten und den Mobilgardisten, als er die Patronen austheilen ließ: «Kinder, denkt an den Juni und macht keine Gefangenen!» (Mit andern Worten: Schießt Alles nieder!)

— Heute berichtet der Moniteur: „Die telegraphischen Depeschen, welche aus den Departements einlaufen, sind sehr beruhigend. Obgleich sie beweisen, daß das Komplot von Paris die weitesten Verzweigungen hatte, wurden doch die Präfekten bei Zeiten davon unterrichtet und konnten die gehörigen Maßregeln treffen im Interesse des öffentlichen Friedens. In Marseille vereitelte die Behörde einen bewaffneten Angriffsplan nur dadurch, daß sie in der Nacht vom 27. zum 28. Januar alle Posten verdoppelte. In Lyon hielt der Anblick einer starken Garnison die Agitatoren im Schach, deren Thätigkeit bemerkt worden war. In Macon und Chalons an der Saone gab es eine tumultuarische Klub-Demonstration. Es wurden aufrührerische Reden geführt und die Aufwiegler insultirten einen Polizeikommissarius. In Straßburg durchzogen Anführer, denen sich eine kleine Anzahl von Arbeitern beigesellt hatte, die Straßen und stießen Geschrei aus, unter dem Vorwande, daß sie Arbeit verlangten. Auf eine Ansprache des Adjunkten und auf das Versprechen der Vertheilung von Almosen an die Dürftigsten ging jedoch dieser aus 200 bis 250 Personen bestehende Haufen auseinander. In Limoges erschien die Haltung der Arbeiter anfangs drohend; aber die vortreffliche Haltung der Nationalgarde und der Garnison beruhigte alsbald die Gemüther. In Troyes hat der Präfekt sechszehn Kisten voll Gewehre aufgefangen, die nach Chalons bestimmt waren. An der nordöstlichen und östlichen Grenze ist man mehreren Kriegsmunitions-Einschmuggeleien auf die Spur gekommen. Auf allen Landstraßen in der Nähe von Paris hat man starke Haufen Arbeiter aus den Departements dem Sammelplatz der Emeute zueilen sehen, während Emissaire von Paris in die Departements reisten, um dort Agitation und Revolte zu stiften. Das Gerücht vom nahen Ausbruch einer Insurrektion war überall verbreitet. Die schlechten Bürger machten aus ihren Hoffnungen gar kein Geheimniß mehr. Man hätte sich noch einmal am Vorabend der Junitage glauben können. Dies ist die Bewegung, welche die Regierung durch ihre Wachsamkeit beschwor, und zu deren energischer Unterdrückung sie sich in den Stand gesetzt hatte." Es ziehen immer neue Truppen in Paris ein. Changarnier besichtigte heute, von einem Detaschement Lanciers gefolgt, die Lager innerhalb der Stadt, um sich vom Geiste der Truppen zu überzeugen. Marrast läßt heute in allen Journalen den Paragraph 83 des Reglements der National-Versammlung abdrucken, welcher den Oberbefehl alles Militairs in die Hände des Präsidenten der National-Versammlung legt. Es ist auch ein Antrag gestellt worden: Dem Gen. Changarnier 50,000 Franken Gehalt zu streichen und ihn der Wahl der Nationalgarde zu unterwerfen. Vorgestern früh wurden alle Posten der Mobilgarde durch Linien-Truppen abgelöst. Die neue Organisation der Garde schreitet rasch vorwärts und sollte gestern beendigt werden. Noch nicht 2000 Mann sind ausgeschieden; alle übrigen treten in die neuen 12 Bataillone ein. Am 29sten sollen mehrere Klubchefs von Rouen zu Paris angelangt sein, um bei dem beabsichtigten Aufstande sich zu betheiligen. Graf d'Alton Shee ist vorgestern verhört worden; man soll bei ihm ein Dekret, im voraus für die neue provisorische Regierung entworfen, welche eingesetzt werden sollte, vorgefunden haben. Es heißt, Oberst Forestier sei wieder freigelassen.

— Die Büreaux der Nationalversammlung sind heute zusammengetreten, um eine Kommission von 15 Mitgliedern zu ernennen, welche über die Proposition der 50 Bergmitglieder: „eine parlamentarische Untersuchung über die Ursachen der Entfaltung so großer militairischer Kräfte am verflossenen Montag anzustellen," Bericht erstatten soll. Die Minister rechtfertigen die von ihnen ergriffenen Maßregeln; nur das Parteibestreben, den Gang der Regierung aufzuhalten, könne eine solche Proposition einbringen. Es sei das Recht und die Pflicht der Regierung, der Unordnung durch eine große militairische Demonstration zuvorzukommen, damit den Ruhestörern jede Hoffnung auf Erfolg benommen werde. Herr Falloux machte geltend, daß der obige Antrag ein Mißtrauen gegen die Gerechtigkeit des Landes sei, der mehreren Bürgern am Montage überliefert worden. Derselbe sei geeignet, die Agenten der öffentlichen Gewalt zu verhindern, ihre Pflicht zu thun. Die, welche den Muth hätten, den Kugeln der Emeute zu trotzen, würden vielleicht nicht dieselbe Resignation haben, wenn sie beständigen Untersuchungen ausgesetzt werden sollen. Wenn man dem Ministerium den Vorwurf mache, es habe die Nationalversammlung unter dem Eindruck der Aufregung wollen abstimmen lassen, so vergesse man, daß gerade die Freunde des Ministeriums die Vertagung der Debatte und der Abstimmung verlangt, die Gegner aber nicht gewollt hätten.

— Louis Napoleon gibt am Freitage einen großen Ball und wird alle 14 Tage damit fortfahren. Da nur 600 Personen Raum haben, so wird mit den Einladungen abgewechselt werden. — Die Regierung bringt das Decret für Reorganisation der Mobilgarde mit Nachdruck, aber zugleich mit Beobachtung aller Billigkeitsrücksichten zur Ausführung. Die Leute haben zu wählen, ob sie sofort entlassen sein und einmonatlichen Sold empfangen, oder in die neuen Bataillone eintreten wollen. Sollten sich mehr melden, als die zulässige Zahl, so werden die Ueberzähligen entweder unter Verabreichung einmonatlichen Soldes entlassen oder sie können als Freiwillige in die Linie eintreten. — Der Erzbischof von Paris hat abermals ein Schreiben von Pius IX. empfangen, worin derselbe wiederholt für alle ihm in Frankreich bewiesene Theilnahme dankt und seinen Wunsch ausspricht, sobald es ihm die Umstände gestatten würden, Frankreich zu besuchen, dort persönlich der edlen Nation zu danken und sich im Anblicke ihrer Frömmigkeit, Hingebung und Zuneigung für den Undank zu trösten, welcher seine Seele so bitter betrübt habe.

Spanien.

Madrid, 25. Januar. Nachrichten aus Manila zufolge, welche bis zum 26. November gehen, war dort die Fregatte bella Vascongada (die schöne Baskin) mit Passagieren und Mannschaft glücklich angekommen. Auf den Inseln und namentlich in China, hatten starke Stürme gewüthet, doch hatte man nichts von Schiffbrüchen gehört.

Nachrichten aus Mahon (Menorca) vom 23. Dezember zufolge, war dort die spanische Kriegs-Corvette Villa de Bilbao von 30 Kanonen und 203 Mann Besatzung, Capt. A. Osorio, dort angekommen, um dort, wie es scheint, mehrere andere spanische Kriegsschiffe zu erwarten, welche das mittelländische Geschwader bilden sollen.

Großbritanien und Irland.

London, den 1. Febr. Heute Mittag eröffnete die Königin das Parlament mit folgender Thronrede:

„Mylords und Herren! Da der Zeitpunkt wieder gekommen ist, wo die Parlamentsgeschäfte gewöhnlich wieder aufgenommen werden, so habe Ich Sie zur Erledigung Ihrer wichtigen Pflichten zusammenberufen.

„Es gereicht Mir zur Genugthuung, erklären zu können, daß sowohl im Norden wie im Süden Europa's die kämpfenden Parteien in einen Waffenstillstand gewilligt haben, um über Friedensbedingungen zu unterhandeln.

„Die Feierlichkeiten, welche auf der Insel Sicilien stattfanden, waren von so empörenden Umständen begleitet, daß der Britische und Französische Admiral durch Beweggründe der Menschlichkeit dazu gedrungen wurden, ins Mittel zu treten und weiterem Blutvergießen Einhalt zu thun.

„Ich habe die auf diese Weise erlangte Pause benutzt, um in Verbindung mit Frankreich dem Könige von Neapel ein Abkommen vorzuschlagen, welches darauf berechnet ist, eine dauerhafte Feststellung der Angelegenheiten in Sicilien zu bewirken. Die Unterhandlungen hierüber schweben noch.

„Es ist Mein eifriges Bestreben gewesen, indem Ich den verschiedenen streitenden Mächten Meine guten Dienste anbot, die Ausdehnung des Kriegsunheils zu verhüten und den Grund zu dauerndem und ehrenvollem Frieden zu legen. Mein Wunsch ist beständig darauf gerichtet, mit allen auswärtigen Staaten die freundschaftlichsten Beziehungen aufrecht erhalten.

„Sobald das Wohl des Staatsdienstes es erlauben wird, werde Ich Ihnen die auf diese Verhandlungen bezüglichen Papiere vorlegen lassen.

„Eine Empörung von furchtbarem Charakter ist im Pendschab ausgebrochen, und der General-Gouverneur von Indien hat sich genöthigt gesehen, zur Erhaltung des Friedens des Landes eine bedeutende Streitmacht zu versammeln, welche jetzt in militairischen Operationen gegen die Insurgenten begriffen ist. Die Ruhe des Britischen Indien ist jedoch durch diesen unprovozirten Aufruhr nicht gestört worden.

„Ich empfehle Ihrer Aufmerksamkeit die dem Handel durch die Navigations-Gesetze auferlegten Beschränkungen.

„Wenn Sie finden, daß diese Gesetze im Ganzen oder zum Theil unnöthig für die Aufrechthaltung unserer Macht zur See sind, während sie den Handel und die Gewerbe fesseln, so werden Sie es ohne Zweifel für Recht erachten, ihre Bestimmungen aufzuheben oder abzuändern.

„Herren vom Hause der Gemeinen! Ich habe Ihnen die Veranschlagungen für den Dienst des Jahres vorzulegen befohlen; sie werden mit der eifrigsten Beachtung einer weisen Sparsamkeit entworfen sein.

„Die gegenwärtige Gestalt der Dinge hat Mich in den Stand gesetzt, große Verminderungen in den Veranschlagungen des vorigen Jahres zu bewerkstelligen.

„Mylords und Herren! Ich sehe mit Befriedigung, daß dieser Theil des Vereinigten Königreichs inmitten der Konvulsionen, welche so viele Theile Europa's gestört haben, ruhig geblieben ist.

„Der Aufstand in Irland hat sich nicht erneuert, aber es herrscht dort immer noch ein Geist der Unzufriedenheit, und Ich sehe Mich genöthigt, zu Meinem großen Bedauern noch auf einige Zeit die Verlängerung derjenigen Machtvollkommenheit zu begehren, welche Sie in der vorigen Session zur Bewahrung der öffentlichen Ruhe für erforderlich hielten.

„Mit großer Befriedigung zeige Ich Ihnen an, daß der Handel sich von der Erschütterungen wieder erholt, die Ich zu Anfange der vorigen Session zu beklagen hatte.

„Der Zustand der Manufaktur-Gegenden ist ebenfalls ermuthigender, als er geraume Zeit hindurch gewesen,

„Erfreulich ist es Mir auch, zu sehen, daß der Stand der Einkünfte in fortschreitender Besserung ist.

„Ich habe jedoch zu beklagen, daß ein abermaliges Mißrathen der Kartoffelärndte sehr ernste Noth in einigen Theilen Irlands verursacht hat.

„Die Wirkung der Gesetze zur Unterstützung der Armen in Irland wird sich Ihnen als Gegenstand Ihrer Prüfung darbieten, und jedwede Maßregel, durch welche jene Gesetze heilsam abgeändert und die Lage des Volks verbessert werden kann, wird Meine herzliche Zustimmung erhalten.

„Mit Stolz und Dankgefühl blicke Ich auf den loyalen Geist Meines Volkes und auf jene Anhänglichkeit an unsere Institutionen, die es in einer Zeit der Handelsschwierigkeiten, der unzulänglichen Lebensmittel-Produktion und der politischen Umwälzungen beseelt hat.

„Ich hoffe von dem allmächtigen Gott gnädigen Schutz für unseren ferneren Fortschritt, und Ich hege das Vertrauen zu Ihnen, daß Sie Mir helfen werden, die auf die Prinzipien der Freiheit und Gerechtigkeit gegründeten Einrichtungen unserer Verfassung aufrecht zu erhalten.

— Am 26. Jan. führte Sir R. Peel, welcher während der jetzt zu Ende gehenden Parlamentsferien sich ungewöhnlich still und zurückgezogen gehalten, in seinem heimathlichen und von ihm im Parlament vertretenen Burgflecken Tamworth, Staffordshire, den Vorsitz in einer Jahresversammlung des dortigen Lesevereins. Er sprach dabei sehr beredt über die Nothwendigkeit, den Mittelklassen in England Unterricht und Erziehung zu erleichtern, weil sonst — dieß hielt Sir Robert für sehr gefährlich — zu besorgen stehe, daß die untern Klassen, Arbeiter und Handwerker, die Klasse der Krämer, Pächter 2c. in geistiger Beziehung überholen. Für den Schulunterricht der ersteren sorgen nämlich Staat, Gemeinde, wohl auch Fabrikherren, in Freischulen; der mittlere Bürgerstand aber ist in England fast ganz auf seine eigenen Mittel beschränkt, welche oft nicht ausreichen, das theure Schulgeld zu bezahlen, woher es kommt, daß, da ein Schulzwang nicht besteht, viele achtbare Bürgerfamilien ihre Kinder, so gut es eben gehen will, zu Haus unterrichten. Für ein sehr wirksames Bildungsmittel nun erklärte Peel die „circulating libraries" — gemeinnützige Leihbibliotheken, wie eben jener Verein in Tamworth eine sehr zahlreiche mit sehr geringen Geldbeiträgen der einzelnen Theilnehmer zusammengebracht.

— In Edinburg starb dieser Tage der bekannte Buchhändler Hr. Robert Cadell, ursprünglich Partner der Firma Constable und Comp., und nach deren Aufhören im J. 1826 auf eigene Rechnung etablirt. Er beschränkte jahrelang seine ganze Thätigkeit auf die Werke Walter Scotts, die er in allen möglichen Formaten herausgab, erwarb sich damit selbst ein beträchtliches Vermögen, und half dem berühmten Schriftsteller, der in den Bankerott des Hauses Constable mit verwickelt worden, zur Abzahlung seiner Passiva, so daß derselbe seinen geliebten Landsitz Abbotsford seinen Erben beinahe schuldenfrei hinterlassen konnte.

— Sir Thomas Arbuthnot, einer der Helden des spanischen Feldzuges, zuletzt kommandirender General, ist an einer Lungenentzündung, die er sich auf der Jagd zugezogen hatte, gestorben. Er ist über 70 Jahre alt geworden und hat 53 Jahre im britischen Heere gedient.

— Aus Ostindien wird gemeldet, daß Schihr Singh, wenn er General Thuckwell täuschen kann, in die Berge sich zurückziehen wird, wo dann ein wüthender Guerillakampf zu erwarten steht. Die britische Armee ist jedoch zu sehr im Vortheil, um für den Erfolg zu fürchten. Dagegen ist es zweifelhaft, was nach glücklicher Beendigung des Krieges zu thun. Schon hat die Times eine Berechnung gemacht, wie viel das Pendschab werth sei, und es zu mindestens $2\frac{1}{2}$ Millionen Pfd. Sterl. (25 Millionen Rupien jährlicher Einkünfte taxirt. Die Ostindische Compagnie, für deren Dienst erst vor kurzem Truppen nach Indien eingeschifft worden sind, hat noch um drei Regimenter bei der Regierung angehalten, so daß, wenn ihr Gesuch bewilligt wird, dieses Jahr eine Truppenmacht von 6000 Mann nach Indien abgehen würde.

— Ranke's Geschichte von Preußen ist von Alex. Gordon ins Englische übersetzt und wird von einem Rezensenten in der Times mit Theilnahme und Anerkennung besprochen.

— Aus Adelaide in Australien wird vom 20. Oktober geschrieben: Nach den neuesten Nachrichten aus Südaustralien ist die Revolution auf ihrem Weltgange auch auf der andern Hemisphäre angekommen und bei Adelaide in der oftgenannten Burra-Burra-Mine zum Ausbruch gekommen. Am 16. September kam ein Kourier nach Adelaide mit der Nachricht, daß 300 Bergknappen sich gegen die Autorität der Gesellschaft erklärt hätten und kein Stück Erz fortbringen lassen wollten. Der Oberaufseher war auch in Streit gerathen mit den Direktoren und von diesen plötzlich entlassen worden. Dadurch war die Sache verschlimmert. Militair wurde nach der Mine geschickt und stellte zwar anscheinend die Ruhe wieder her, konnte aber nicht die Bergleute veranlassen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Dieselben haben faktisch Besitz von der Mine genommen. Sie hielten Zusammenkünfte und faßten den Beschluß, höhern Lohn zu verlangen. Dieser Bewegung haben sich nun auch die Fuhrleute angeschlossen, welche das Erz von der Mine nach dem Hafen fahren. Ein Theil der Zeitungen vertheidigt die Aufrührer, und die Folge ist, daß die Aktien der Mine um 20 pCt. gefallen sind. Das ganze gigantische Unternehmen ist für den Augenblick in Stillstand gerathen, und eine neue Zufuhr von Bergleuten würde das Erwünschteste sein, was der Verwaltung passiren könnte. Bis heute wird weder gearbeitet, noch Löhnung bezahlt.

— In Adelaide ist ein Hüttenwerk auf Aktien etablirt und bereits sind $\frac{1}{4}$ derselben untergebracht. Die Arbeit geschieht auf nassem Wege durch Wasser aus dem Torrens und die ersten Versuche lieferten 16 pCt. Nutzen. Der neue Lord Bischof von Adelaide und sämmtliche Geistlichkeit haben folgendes Cirkulair an ihre Amtsbrüder in Europa erlassen: Adelaide, 9. Oktober. Da wir aus Erfahrung wissen, wie sehr Ihr, Hochehrwürdige Brüder, der Auswanderung entgegen seid, theilweise aus Sorgfalt für die Euch anvertraute Heerde, theilweise aber aus Furcht, daß Eure Einnahme geschmälert werden möchte, so geben wir Euch hiemit die Zusicherung, daß alle diejenigen, welche Arbeit, guten Lohn, gute leibliche Speise zu niedrigen Preisen und Seelenheil suchen, solches hier finden können und zwar in einem Maße, wie es in England in der Mittelklasse nicht gefunden wird, die an Intelligenz und Moralität der hiesigen Bevölkerung nachsteht. Wir versprechen Ew. Hochehrwürden, es uns angelegen sein zu lassen, allen denjenigen, die Ihr uns empfehlen werdet und könnt, unsern Rath und Beistand nach besten Kräften zuzuwenden.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 25. Jan. Die Moskausche Zeitung berichtet: «Der neue Kaiserliche Kreml ist beinahe fertig. Die vergoldeten Kuppeln und der goldene Kamm des ganzen Daches erglänzen schon im Sonnenlichte und erinnern an die goldgipfeligen Paläste der alten russischen Großfürsten. Im Ordens-Saale des heiligen Georg sieht man bereits den Heiligen zu Pferde mit dem Lindwurm streiten. Achtzehn Standbilder, die Unterwerfung von Gegenden, die jetzt zu Rußland gehören, darstellend, stehen in voller Rüstung da, mit Schilden, auf welchen die Epoche angegeben ist. Der Andreas- oder Thron-Saal ist mit prächtigen vergoldeten Reliefs geschmückt; der Alexander-Saal aus rosenrothem Marmor ist mit den schönsten architektonischen Ornamenten verziert, welche die Spiegelwand im Grunde zurückstrahlt. Es ist schwer, mit Worten die außerordentliche Größe der Säle, das Geschmackvolle der Arbeit und alle Einzelheiten des Palastes würdig zu beschreiben. In diesem Bau ist die Idee Sr. Majestät des Kaisers verwirklicht. Wir erwarten mit Ungeduld die Beendigung dieser neuen goldenen Kaiser-Wohnung und den Augenblick, wo sie eingeweiht werden wird.»

Schweiz.

Bern, den 28. Jan. (Basl. Ztg.) Der Bundesrath hat es für angemessen gehalten, sämmtlichen Kantonen mitzutheilen, daß nach §. 10. der Bundesverfassung den Kantonen nur erlaubt ist, in solchen Angelegenheiten direkt mit dem Auslande zu verkehren, die durch untergeordnete Behörden besorgt werden können, daß aber in allen Fällen, in denen man sich nach den bestehenden Gesetzen an die fremden Staatsregierungen selbst zu wenden hat, dieser Verkehr allein durch den Bundesrath stattfinden kann.

Italien.

Rom, den 24. Jan. Allen Nachrichten aus den Provinzen zufolge muß man auch von dort her sich auf Deputirte der radikalsten Schattirung gefaßt machen; die Führer der Klubs sind überall die Kandidaten, die Klubs die Stimmenden. Liefert uns nun noch zum Behufe der Italienischen Konstituante Toscana, Genua, Sicilien seine Bannerträger, kommen Neapolitanische und Lombardische Flüchtlinge hinzu, so wird hier eine Versammlung sich bilden, welche in der Geschichte ihres gleichen vergebens suchen dürfte.

— Zur Charakteristik hiesiger Zustände möge Ihnen noch dienen, daß bei der neulichen Vorwahl die in den Logen des Theaters Tordinone erschienenen Damen mit einem Evviva auf die exkommunizirten Frauen begrüßt wurden; Canino begann daselbst seine Rede also: „Wir sind Alle Erdenwürmer, aber wir sind Alle Souveraine!"

— Die Verhaftung des Gen. Zamboni scheint die Eröffnung eines ernsten Dramas werden zu wollen. Wie dem auch sein mag, so ist gewiß, daß die Regierung seit zwei Tagen alle hier in Garnison stehenden regulären Truppen aus Besorgniß vor dem Ausbruch eines Aufstandes in die Kasernen konsignirte. Dies hindert indessen die Fortdauer einer für das Ministerium sehr gefährlichen Disposition der Miliz, namentlich eines hier stehenden Jäger-Bataillons, zu Gunsten ihres Generals Zamboni durchaus nicht. Von Wein erhitzt, zogen die Jäger am 19. Abends, in der Stärke einer Compagnie, vor das Militaircommando bei der Pilotta am Fuße des Quirinals, und forderten mit den Waffen in der Hand die Losgabe des verhafteten Generals. Vergebens versuchten die Offiziere des dortliegenden Dragonerregiments sie zu beschwichtigen: die Jäger feuerten auf die ihnen entgegengestellten Dragoner, von denen fünf verwundet und drei getödtet wurden. Von der Uebermacht alsbald umzingelt, fiel indessen ein Theil der Angreifer den einhauenden Reitern in die Hände, ein anderer brach durch die Porta Pia in die Campagna, um die Neapolitanische Grenze zu gewinnen. In aller Frühe ließ das Ministerium heute einige Schwadronen Kavallerie mit einer Kanone den Flüchtlingen nachsetzen. Indessen besorgen selbst Römer, die Nachgesendeten dürften leicht gemeinschaftliche Sache machen mit den Verfolgten, wenn sie dieselben erst kurz vor der Grenze einholen sollten.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich].

Zur Berichtigung des der Posener Zeitung vom 4. d. beigegebenen Beiblatts diene die Nachricht, daß von einem bindenden Vertrage zwischen der sogenannten conservativen und der sogenannten liberalen Partei nicht die Rede sein konnte, da nur 17 Männer, ohne Mandat, — bloß von dem Wunsche, eine Vereinbarung herbeizuführen, geleitet, — zusammengetreten waren und sich über die Kandidaturen der Herren Naumann und Kaatz geeinigt hatten, deren Annahme ihren resp. Parteien dringend zu empfehlen sie sich zugleich anheischig machten. Letzteres ist auch geschehen. Daß mithin von einem Vertragsbruche Seitens der Conservativen nicht gesprochen werden kann, leuchtet um so augenfälliger ein, als auch die Liberalen diesen Pact, wie nachstehendes Exempel beweist, nicht als bindend anerkannt haben. Von 102 Stimmen erhielt Herr Seger bei der Vorwahl 88, also fehlten ihm an der Gesammtzahl nur 14 Stimmen; da nun unter diesen 14 Stimmen sich auch mindestens drei Stimmen von Conservativen — (Schreiber dieses und seine beiden Nachbaren, die den sogenannten Conservativen angehören, haben Herrn Seger ihre Stimmen nicht gegeben) —, so erhellt, daß sämmtliche Liberalen, mit alleiniger Ausnahme von eilf Individuen, ihre Stimme dem Herrn Seger gegeben haben, was nicht der Fall hätte sein können, wenn sie sich an den Pact gebunden hätten, weil sie dann die Namen Naumann und Kaatz auf ihre Stimmzettel hätten schreiben müssen. — So viel zur Aufklärung darüber, daß der so glücklich — hoffentlich auf immer! — beendigte Zwiespalt nicht auf gehässigen Motiven, sondern lediglich auf einem Mißverständnisse beruhte.

Bescheidene Anfrage.

Warum wird blos für die Hinterbliebenen der Familie Auerswald von allen Seiten gesorgt? und nicht für die Hinterbliebenen der Linie und Landwehrmänner? Bei letztern wird blos das Sprichwort angewandt: «für euch wird Gott sorgen!» Doch das stillt nicht immer den Hunger.

Mehrere Bürger.

Berlin, den 5. Februar.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 52—56 Rtlr. Roggen loco $26\frac{1}{2}$—$27\frac{1}{2}$ Rtlr., p. Frühj. 82pfünd. 27 Rthlr. bez. Gerste, große loco 22 — 23 Rthlr., kleine 18—20 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 15 — 16 Rthlr., p. Frühjahr 48pfd. $14\frac{3}{4}$ Rthlr. Br. Rüböl loco $13\frac{1}{2}$ à $13\frac{3}{8}$ Rtlr. bez., Febr. $13\frac{1}{6}$ Rtlr. Br., 13 G., Febr./März 13 Rthlr. Br., $12\frac{5}{6}$ G. März/April $12\frac{5}{6}$ Rthlr. Br., $12\frac{2}{3}$ G. April/Mai $12\frac{2}{3}$ Rthlr. Br., $12\frac{7}{12}$ bez Mai/Juni $12\frac{7}{12}$ Rthlr. Br., $12\frac{1}{2}$ bez. Juni Juli $12\frac{1}{2}$ Rthlr. Br. Sept/Okt. $12\frac{1}{6}$ à $12\frac{1}{2}$ Rthlr.

Spiritus loco ohne Faß $14\frac{7}{12}$ à $\frac{5}{6}$ Rtlr. bez., Februar $14\frac{1}{2}$ Rthlr. nominell, März 15 Rthlr. Br., p. Frühjahr $15\frac{1}{2}$ Rthlr. Br. Mai/Juni 16 Rthlr. Br.

Berliner Börse.

Den 5. Februar 1849.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Preussische freiw. Anleihe	5	101	—
Staats-Schuldscheine	$3\frac{1}{2}$	—	—
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	$98\frac{3}{4}$	$98\frac{1}{4}$
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	$3\frac{1}{2}$	$98\frac{1}{4}$	—
Westpreussische Pfandbriefe	$3\frac{1}{2}$	—	84
Grossh. Posener "	4	$96\frac{3}{8}$	—
" "	$3\frac{1}{2}$	—	$81\frac{1}{4}$
Ostpreussische "	$3\frac{1}{2}$	—	$90\frac{1}{2}$
Pommersche "	$3\frac{1}{2}$	$91\frac{5}{8}$	$91\frac{1}{4}$
Kur- u. Neumärk. "	$3\frac{1}{2}$	—	$91\frac{1}{2}$
Schlesische "	$3\frac{1}{2}$	—	—
" v. Staat garant. L. B.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	—	—
Friedrichsd'or	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	$12\frac{1}{2}$	12
Disconto	—	—	$4\frac{1}{2}$
Eisenbahn-Actien (voll. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	78	$77\frac{1}{2}$
" Prioritäts-	4	—	$86\frac{1}{4}$
Berlin-Hamburger	4	—	$60\frac{1}{4}$
" Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	—	93
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	—	59
" " Prior. A. B.	4	$82\frac{1}{2}$	$82\frac{1}{4}$
" " "	5	$94\frac{1}{4}$	—
Berlin-Stettiner	4	$88\frac{1}{2}$	—
Cöln-Mindener	$3\frac{1}{2}$	—	$78\frac{1}{2}$
" Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	—	$92\frac{1}{2}$
Magdeburg-Halberstädter	4	112	—
Niederschles.-Märkische	$3\frac{1}{2}$	$71\frac{3}{8}$	$70\frac{7}{8}$
" Prioritäts-	4	86	86
" "	5	—	$98\frac{1}{2}$
" " III. Serie	5	—	94
Ober-Schlesische Litt. A.	$3\frac{1}{2}$	$93\frac{1}{4}$	—
" " B.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Rheinische	—	—	—
" Stamm-Prioritäts-	4	—	—
" Prioritäts-	4	—	—
" " v. Staat garantirt	$3\frac{1}{2}$	—	—
Thüringer	$4\frac{1}{2}$	$50\frac{1}{2}$	$50\frac{1}{4}$
Stargard-Posener	4	—	70

Druck u. Verlag von W. Decker & Co. Verantw. Redacteur: C. Hensel.

Nach kurzem aber schweren Leiden entschlief gestern Mittag mein theurer Gatte, der Musiklehrer August Eitner in seinem 48sten Lebensjahre. Mit tiefem Schmerze betrauern ihn seine Frau

Louise Eitner, geb. Schulz,
und seine sieben unmündigen Kinder.

Posen, den 5. Februar 1849.

Für das von Auerswaldsche Nationaldenkmal sind eingegangen: 1) von Herrn Justiz-R. Hünke 10 Rthlr.; 2) von Herrn Ober-Reg.-R. Strödel durch eine Sammlung 8 Rthlr. 25 Sgr.; 3) von Ks. 5 Rthlr.; 4) von Herrn Oberpräd. Niese 5 Rthlr., Summa 28 Rthlr. 25 Sgr.

Posen, den 5. Februar 1849.

Konzert-Anzeige.

Donnerstag, den 8. Februar findet eine musikalische Abendunterhaltung, unter gütiger Mitwirkung vieler geehrten Dilettanten, im Saale des Hôtel de Saxe statt.

Billets sind à 10 Sgr. in den Buchhandlungen bei E. S. Mittler, Gebr. Scherk und J. Heine und à 15 Sgr. an der Kasse zu haben. Anfang 7 Uhr Abends.

J. G. Haupt. A. Vogt.

In dem, von dem Kalender-Verleger Dr. Heinemann zu Berlin herausgegebenen Kalender für Juden auf 1848/49 ist die diesjährige Reminiscere-Messe zu Frankfurt a/O. mit der Benennung „Meßwoche" unrichtig, statt auf den 26sten Februar c., auf den 5ten März c. fallend, angegeben worden.

Wir bringen dieses Versehen hiermit zur Kenntniß des betheiligten handeltreibenden Publikums.

Posen, den 4. Februar 1849.

Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

Bekanntmachung.

Diejenigen Pfänder, welche in den Monaten April, Mai, Juni, Juli, August und September 1848 weder bis zum Verfalltage der gewährten Darlehne, noch 6 Monate später bei der hiesigen städtischen Pfandleihanstalt eingelöst worden sind, sollen in termino

den 24sten April d. J.

in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr auf dem Rathhause öffentlich versteigert werden.

Posen, den 24. Januar 1849.

Der Magistrat.

Möbel-Auktion.

Donnerstag den 8. Februar Vormittags von 10 Uhr ab, sollen im Auktionslokal, Friedrichsstraße Nr. 30., mehrere gebrauchte gute Möbel, größtentheis von Mahagoni-Holz, wobei ein großer Trümeau, 2 Sophas, 1 Eckspind, Stühle, Tische ꝛc. nebst verschiedenen andern Gegenständen und um $11\frac{1}{2}$ Uhr ein Flügel von $5\frac{1}{2}$ Oktaven in brauchbarem Zustande, öffentlich gegen baare Zahlung versteigert werden

Anschütz.

Bekanntmachung.

500 Stück Schaafe, worunter 210 tragende Mutterschaafe,
8 Stück Pferde,
10 " Ochsen,
7 " Kühe,
6 " Jungvieh und

verschiedene Wirthschaftsgeräthe werde ich am 12ten dieses Monats in loco Puzdrowia bei Janowiec meistbietend gegen gleich baare Bezahlung verkaufen. Kauflustige lade ich zu dieser Licitation ergebenst ein.

Puzdrowia, den 3. Februar 1849.

J. Pawłowska.

Billiger Brennholz-Verkauf.

Im Kigcziner Forst, $\frac{1}{8}$ Meile von Gay (Berliner Chaussee) sind folgende trockene, starkklobige Brennholz-Gattungen vorräthig, und wird die große Waldklafter davon zu folgenden Preisen verkauft:

Birkene Kloben à 3 Thlr.
" Knüppel à 2 Thlr.
" Stubben à 1 Thlr. 20 Sgr.
Eichene Kloben à 2 Thlr. 15 Sgr.
" Knüppel à 1 Thlr. 25 Sgr.

Lotterie.

Diejenigen Spieler, welche an dem zweiten Hauptgewinn der I. Klasse, der auf Nr. 31220 mit Thlr. 1000 in meine Collekte gefallen ist, Theil haben, belieben ihren Gewinn abzuholen.

Kaufloose zur II. Klasse sind vorhanden.

Der Ober-Einnehmer Bielefeld.

Alten Markt Nro. 46. sind trockene kieferne Bretter billig zu verkaufen

Ein Knabe, der bisher eine Schule besucht, und Lust hat, sich dem Kellnergeschäft zu widmen, findet in der unterzeichneten Wirthschaft ein Unterkommen; ebenso steht daselbst ein gutes Billard nebst allem Zubehör billig zum Verkauf.

Hôtel de Bavière.

Ein gewandter Schreiber und ein geübter Registrator findet Schuhmacherstraße No. 3. ein Unterkommen.

Kräftige Pfund-Bärme (Preßhefe)

erhalte ich täglich frisch fabricirt und bin für jeden Bedarf stets eingerichtet, für den billigen Preis à 6 Sgr. pro Pfd, bei größeren und bestimmteren Abnahmen auch billiger; ich bitte die Herren Konditoreibesitzer und Bäckermeister hier als auch der Umgegend um gefällige Berücksichtigung.

V. Tabulski.
Posen, Breslauerstraße No. 11.

Bürger!

Die mit Eurem Vertrauen beehrten Wahlmänner haben zu Vertretern zwei Beamte gewählt! O! der Schmach! Nicht einen Bürger einer Stadt von 45,000 Einwohnern hielten sie für würdig und tüchtig, Eure Rechte zu wahren. Die Beamten haben gesiegt! Beugt Euch ferner ihrer Herrschaft!! —

Viele Urwähler, die Bürger zu Abgeordneten haben wollen

Deutsche Posens!

Eure Vertrauensmänner haben den Herrn Ober-Bürgermeister Naumann, dessen Verdienste um Euch, Euch noch aus dem verflossenen Jahre im Gedächtnisse sein werden, zu Eurem Vertreter gewählt! Ehre den Männern! Hoffentlich haben wir bald die Genugthuung unsern Abgeordneten als Minister zu sehen!! —